

Alle sind dafür, doch nichts geschieht

Bundestag Eine Kommission schlägt vor: Wahlen alle fünf Jahre und gesetzliche Parität im Parlament.

Berlin. Es sollte der große Wurf werden – und zugleich einen jahrelangen Streit beenden. Nachdem mehrere Anläufe zur Reform des Wahlrechts an den widerstreitenden Interessen im Parlament gescheitert waren, hatte der Bundestag vor gut einem Jahr eine Kommission eingesetzt. Ihr Thema: „Reform des Wahlrechts und Modernisierung der Parlamentsarbeit“. Tatsächlich haben sich die 13 Abgeordneten und 13 Sachverständigen auf einen Abschlussbericht verständigt. Am Freitag wird das 100 Seiten starke Werk Bundestagspräsidentin

Bärbel Bas (SPD) übergeben; die Medien wurden eigens zu einem Bildtermin eingeladen.

Beim schönen Foto wird es aber vermutlich bleiben müssen, denn ändern wird sich durch den Bericht erst mal nichts. „Es gibt keinen wie auch immer gearteten Durchbruch“, sagt Unions-Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU). Ein neues Wahlrecht nämlich setzten die drei Ampel-Parteien – Kommission hin oder her – bereits kraft ihrer eigenen Mehrheit durch. Union und Linke tobten und wollen klagen. Die Stimmung war im Keller.

Dennoch tagte das Gremium weiter – und tatsächlich gibt es in einigen weiteren Fragen durchaus Konsens. Mehrheitlich wird beispielsweise empfohlen, die Dauer der Legislaturperiode auf fünf Jahre zu verlängern, wie es in allen deutschen Landtagen, mit Ausnahme von Bremen, inzwischen üblich ist. Da nicht nur die Ampel, sondern auch die Union grundsätzlich dafür ist, gäbe es sogar eine Mehrheit für die nötige Grundgesetzänderung. Nur wird diese Abstimmung wohl auf absehbare Zeit von niemandem angesetzt. Denn Union und SPD

sind sich wiederum ganz und gar nicht einig, ob und mit welchen anderen Änderungen dieses Votum gekoppelt werden sollte.

Den Ampel-Parteien liegt noch ein weiteres Thema am Herzen, nämlich die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei der Bundestagswahl. Dies empfiehlt auch die Kommission – mit der Mehrheit der drei Koalitionspartner sowie der Linken. Aber die auch dafür nötige Zweidrittelmehrheit liegt in weiter Ferne, denn die Union ist strikt dagegen. Dissenz herrscht auch mit Blick auf die Frage, wie der Frauenan-

teil im Bundestag gesteigert werden kann, der noch immer bei gerade einem Drittel liegt. Mit Blick auf ein Paritätsgesetz, also eine gesetzliche Vorschrift zur Gleichverteilung der Mandate, geht der Riss mitten durch die Ampel – SPD und Grüne dafür, FDP dagegen – sowie auch durch die Unionsfraktion, wo sich insbesondere einige der Frauen eine solche Regel durchaus vorstellen können. Unter dem Strich verwundert das Urteil von Frei also nicht: „Die Kommission hat die Erwartungen nicht erfüllen können.“

Ellen Hasenkamp